

hat Geschichte, Politikwissenschaft, Publizistik und Soziologie in Berlin und Mainz studiert. Er ist seit einigen Jahren im Berliner Büro der Frankfurter Rundschau tätig. Herr Baum hat unter anderem in den letzten Jahren ein Buch über Thüringen herausgegeben. Im Untertitel heißt es: Ein Streifzug durch Orte, Landschaften und Geschichte. Schließlich Herr Dr. Lothar Fritze. Herr Fritze ist 1954 im damaligen Karl-Marx-Stadt, im heutigen Chemnitz, geboren. Er hat Betriebswirtschaft studiert. Er hat promoviert und war von 1978 bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsinstitut für Textiltechnologien in Karl-Marx-Stadt, sprich Chemnitz. Er ist z.Z. ebenfalls wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut in Dresden. Herr Fritze hat in den Jahren vor 1990 keine Veröffentlichungen, seit 1990 hat Herr Fritze jedoch eine ganze Reihe von Veröffentlichungen vorgelegt, die sich mit der DDR, zum Beispiel mit der Mentalität der DDR-Bürger, mit Wirtschaftsfragen beschäftigen und hat sich damit auch ein großes Standing innerhalb der Wissenschaft erarbeitet. Ich nenne einige Titel seiner Bücher, zum Beispiel: Innenansichten eines Ruins, Gedanken zum Untergang der DDR oder: Panoptikum DDR-Wirtschaft. Zuletzt ist eine Aufsatzsammlung mit verstreut veröffentlichten Beiträgen von ihm erschienen unter dem Titel: Die Gegenwart des Vergangenen. Ich bitte jetzt Herrn Dr. Wolle mit seinem Referat zu beginnen, politische Instrumentalisierung des Mangels und Privilegienwirtschaft.

**Dr. Stefan Wolle:** Meine Damen und Herren, ich möchte den Versuch unternehmen, die Forderung des heutigen Vormittags zu erfüllen, nämlich den Punkt zu zeigen, wo sich Alltagsgeschichte und politische Geschichte miteinander verbinden. Ich nenne deswegen meinen Beitrag: „Erichs Krönung oder die Kaffeekrise des Jahres 1977. Zur Dialektik von ökonomischem Mangel und politischer Macht im SED-Staat.“ Unter Erich Honecker begann Anfang der 70er Jahre eine Phase wirtschaftspolitischer Neuorientierung. Man nahm Abschied von der „Konzeption der führenden Industriezweige“, versuchte die Ausrichtung auf eine planmäßig proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft, das heißt auf eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige in einer stabilen kontinuierlichen Entwicklung. Vor allem sollten die Bedürfnisse der DDR-Bevölkerung stärkere Berücksichtigung in der Volkswirtschaftsplanung finden. In den 50er und 60er Jahren war die DDR von einer Kampagne in die nächste gestolpert. In der Wirtschaftspolitik herrschte eine Art permanenter Ausnahmezustand. Die Ansprüche waren stets riesengroß und die Resultate überwiegend kläglich. Aber immer wurden die Menschen in Atem gehalten. Die Honeckerzeit war eine Art „Ankunft im Alltag“, ein Zurückschrauben der Ansprüche der Partei an den Menschen auf ein erfüllbares Maß. In der Gesellschaft wie in der Wirtschaft sollten Normalität, Vernunft und Pragmatismus einkehren.

Der VIII. Parteitag der SED markierte den Beginn dieser neuen Wirtschaftspolitik. Hier verkündete Erich Honecker die neue Hauptaufgabe: „Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, die Erhöhung der Effektivität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

und das Wachstum der Arbeitsproduktivität.“ Kernstück des sozialpolitischen Programms war die planmäßige Steigerung des Realeinkommens und damit der Konsumquote, Anhebung der Mindestlöhne, Mindestrenten, Erhöhung der Produktion von Konsumgütern und Ausbau des Dienstleistungssystems. Weiterhin der Ausbau des Bildungssystems, der Kindergärten, des Gesundheitswesens und der Erholungseinrichtungen. So zumindest las es sich in den Verlautbarungen der Partei. Die verbesserte Motivation zur Arbeit sollte Hebel einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität sein. So sollten die erhöhten Aufwendungen der sozialen Politik finanziert werden. Oberstes Ziel des sozialpolitischen Programms war es, die Loyalität der Bevölkerung zu verstärken. In der Realität führte dieses Programm zu einer Erhöhung der gesellschaftlichen Konsumtionsquote und einer Senkung der Investitionsquote. Setzt man den Stand des Jahres 1970 gleich 100 Prozent, so ergaben im Zeitraum bis 1975 die wesentlichen volkswirtschaftlichen Eckdaten eine fast parallele Entwicklung. Das produzierte Nationaleinkommen stieg auf 130 Prozent, und das im Inland verfügte Nationaleinkommen auf 127 Prozent. Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung stiegen ebenfalls auf 127 Prozent. Ihr Realeinkommen jedoch auf 130 Prozent. Das Volumen der Akkumulation nur auf 118 Prozent. Im Letzteren drückt sich der rigorose Schnitt aus, den der neue Plan speziell zur Beseitigung der vorher entstandenen Disproportion vorsah. Interessant ist ein Vergleich zum folgenden Jahr. Die Nettogeldeinnahmen und die Realeinkommen stiegen weiter. Die Akkumulationsrate aber sank unter 100 Prozent. Diese Entwicklung mündete schließlich in einer massiven Verschwendungspolitik, die das Gesamtsystem destabilisierte. Einiges zu den Ursachen: Am 18. Juni 1975 wurde dem Ministerium für Außenhandel der DDR eine formelle Note des Ministeriums für Außenhandel der UdSSR übergeben. Darin wurde im Auftrag der Regierung der UdSSR mitgeteilt, daß die Preise für Erdöl- und Erdgaslieferungen verändert werden müssen. Der Preis für Erdöl sollte pro Tonne von 14 auf 35 Rubel steigen, der Preis für Erdgas von 14,25 auf 31 Rubel pro 1.00 Kubikmeter.

Die zusätzlichen Belastungen für 1976 würden weitere 725 Mio. DM betragen, schrieb Werner Jarowinsky, mit dem Unterton der Verzweiflung an Erich Honecker. Die internationale Erdölkrise war der Todesstoß für Honeckers ehrgeiziges Sozialprogramm. Es begann der Einstieg in den Teufelskreis von immer neuen Schulden und wirtschaftlich ungedeckten Sozialleistungen, die man aus Sorge um die politische Stabilität nicht anzutasten wagte. Immerhin versuchte man seit 1975 die heilige Kuh der Preisstabilität für Grundbedürfnisse, wenn auch nicht gerade zu schlachten, so doch wenigstens etwas intensiver zu melken. Bereits im April 1975 erregte ein Artikel des Hauptabteilungsleiters im Ministerium für Handel und Versorgung einiges Aufsehen. Der Aufsatz erschien in dem sonst wenig beachteten Fachblatt „Der Handel“ und trug den unspektakulären Titel: „Sortimentskonzeptionen – wichtige Instrumente für die sozialistische Verbraucherpreispolitik“. Dort hieß es: „Mit den wachsenden Geldeinnahmen der Bevölkerung steigen die Ansprüche an das Warenangebot.

Dabei steigt der Bedarf an hochwertigen Konsumgütern, die zur mittleren und oberen Preisgruppe gehören.“

Hinter dieser Formulierung verbarg sich folgende Preispolitik: Die Erzeuger erhöhten nicht nominell die Preise einzelner Produkte, sondern sie lieferten neue Produkte in anderer Verpackung oder mit veränderter Bezeichnung. Das neue Produkt hatte dann angeblich eine höhere Qualität und deswegen auch einen höheren Preis. Die billigeren Produkte verschwanden entweder nach einiger Zeit vom Markt oder waren jedenfalls nicht mehr zu bekommen. Im Laufe des Jahres 1977 kam es zu erheblicher Unruhe und zu Gerüchten wegen diverser Baumwollerzeugnisse. Offiziell wurde die Preissteigerung bestritten, in internen Papieren aber ohne weiteres zugegeben. Diese „Veränderungen“, wie es in dem Bericht euphemistisch hieß, lösten diverse Gerüchte über weitere Preissteigerungen aus. Es kam zu Hamsterkäufen, die der Partei erhebliche Sorgen bereiteten. „Im Sortiment der Haushaltswäsche erfolgt durch die Bevölkerung im Bezirk Dresden, insbesondere seit dem 12.9.1977, sprunghaft ein verstärkter Abkauf an Bettwäschegarnituren, darüber hinaus stieg die Nachfrage ebenfalls in den Sortimenten Bettlaken, Geschirrtücher, Frottierhandtücher und Untertrikotagen.“ Dann folgen einige Beispiele, wie sich das im Einzelhandel bemerkbar macht. Durch die später stark ausgeweiteten Exquisit- und Delikatläden wurde die Methode der schleichenden Preiserhöhung zum System. Am 12. Oktober 1977 faßte das Politbüro einen Entschluß zur Entwicklung der Versorgung der Bevölkerung mit Exquisit- und Delikaterzeugnissen. Dem folgte ein Beschluß des Ministerrates. Im ersten Halbjahr 1978 sollten 30 bis 35 Exquisitverkaufsstellen, im zweiten Quartal des Jahres 25 bis 30 Delikatverkaufsstellen eröffnet werden. Dabei werden z. B. in Berlin, Leipzig und Magdeburg leistungsfähige Modehäuser und in Leipzig, Dresden, Rostock und anderen Städten Schuhsalons geschaffen. Ausgehend von den Erfahrungen in Berlin werden große Feinkosthäuser, vor allem in Halle, Leipzig, Dresden, Magdeburg und Erfurt eingerichtet. Soweit die Planung.

In den Exquisit- und Delikatläden gab es sowohl Importwaren aus dem NSW, dem nichtsozialistischen Währungsgebiet, als auch DDR-Produkte zu deutlich überhöhten Preisen. Wirtschaftlich war diese Maßnahme durchaus sinnvoll. Die Tatsache, daß ausreichend Kunden bereit waren, sich trotz der unverschämten Preise gelegentlich eine Büchse Preiselbeeren oder ein Glas eingelegter Gewürz Gurken zu leisten, zeigte, daß der Kaufkraftüberhang objektiv vorhanden war. Ähnlich wie die Intershops waren allerdings auch die Sonderläden psychologisch und politisch eine offene Wunde. Denn es entging den Kunden, zumal den Rentnern, die in den Westen reisen durften, nicht, daß beispielsweise Büchsen mit Ananasstückchen, die im Westen für 1,00 DM angeboten wurden, im Delikat 8,00 DDR-Mark kosteten, gleichzeitig aber öffentlich behauptet wurde, der DDR-offizielle Umtauschkurs gegenüber der Westmark von eins zu eins entspräche der realen Kaufkraft. Der Teufelskreis von steigenden Weltmarktpreisen, Mangelerscheinungen auf dem DDR-Binnenmarkt und wachsender Unzufriedenheit der Bevölkerung wurde am deutlichsten während der Kaffeekrise des Jahres 1977. Die Drosselung der

Westimporte war zur Überlebensfrage der DDR geworden. Dies konnte nach Einschätzung des Politbüros auf die Dauer nicht ohne Einschränkung auf dem Konsumsektor abgehen. Im Juni und Juli 1977 faßte die SED-Führung eine Reihe von einschneidenden Beschlüssen, die auch die Versorgung der Bevölkerung betrafen. In den folgenden Monaten sollte sich dieses vor allen Dingen auf dem Gebiet der Kaffeeverversorgung auswirken. Erstmals lag dem Politbüro am 20. Juni 1977 eine Vorlage zur Produktion und der Versorgung mit Kaffee und Kakaoerzeugnissen vor. Es ging dabei um die Reduzierung der Rohkaffeimporte aus dem Devisen Ausland. Zwischen 1972 und 1975 mußte die DDR für den Kaffee jährlich durchschnittlich 150 Mio. Valuta aufbringen. Ende 1976 stiegen die Kaffeepreise auf dem Weltmarkt dramatisch an. Der Import von 35.307 Tonnen im Jahre 1977 kostete die DDR 667 Mio. Valuta Mark. Die Schmerzgrenze war damit längst überschritten. Der Außenhandelspezialist Alexander Schalk-Golodkowsky schlug dem zuständigen ZK-Sekretär Günther Mittag eine Radikalkur vor. „Alle bisher in der DDR produzierten angebotenen Sorten Röstkaffee werden ab 01.7.1977 nicht mehr produziert“, heißt es in der Vorlage für das Politbüro. Es sollte nur noch eine Sorte auf dem Niveau von Rondo zu einem Preis von 12,00 Mark das Kilo, und ab 1. Juli 1977 einen Mischkaffee aus 50 Prozent Röstkaffee und 50 Prozent Surrogaten angeboten werden. „Auf eine Kontingentierung und Verkauf von Röstkaffee im Einzelhandel ist zu verzichten, da eingeschätzt werden kann, daß durch die Erhöhung des Kaffeepreises um ca. 100 Prozent ein Rückgang des Kaffeeverbrauches von ca. 25 bis 30 Prozent zu erwarten ist. Weiterhin ist damit zu rechnen, daß durch diese Maßnahme eine Zunahme der Versorgung der DDR-Bevölkerung durch andere Quellen, wie z. B. durch grenzüberschreitenden Päckchen- und Paketverkehr und Abkauf im Intershop erfolgen würde. In Betrieben, Verwaltung, Institutionen usw., sowie für Repräsentationszwecke ist der Verbrauch von Kaffee generell zu untersagen.“

Das war der Vorschlag von Schalk-Golodkowsky. Doch offenbar gingen diese Pläne zu weit. Politbüromitglied Albert Norden warnte in einem Schreiben an Honecker: „Es ist für mich einfach unvorstellbar, daß wir den Ausschank von Bohnenkaffee in den Gaststätten völlig einstellen wollen. Zukünftig nur noch etwa 20 Prozent der jetzigen Menge an Bohnenkaffee angeboten werden soll, noch dazu als Mischkaffee, bei dem, wie es in der Vorlage heißt, wir weder Erfahrung über die Produktion noch über den Geschmack und die Verbrauchsentwicklung haben. Ich befürchte, die Durchführung der Maßnahme wird auf kein Verständnis stoßen und große Unzufriedenheit auslösen.“ Trotz der Bedenken Albert Nordens wurden die Pläne weiter präzisiert. In einem Schreiben an Honecker berichteten Mittag und Lamertz dem im Urlaub weilenden Generalsekretär die Einzelheiten. Ab 1. August sollte für Großverbraucher ein neuer Mischkaffee eingesetzt werden. Dies betraf alle Behörden und Einrichtungen, die Armee, Betriebskantinen sowie Gaststätten der Preisstufe 3 und 2. Im Einzelhandel sollten künftig vor allem die teuren Sorten Mona, Rondo und Moccaffix angeboten werden. Während die billigeren Sorten vom Markt zurückgezogen werden sollten. Am 26. Juli 1977 beschloß das Politbüro

die neue Versorgungsrichtlinie für Kaffee. Ab 1. August sollte der neue Kaffee-Ersatz ausgeschrieben werden. Die von der Parteiführung verfügte Ersatzmischung bestand aus 51 Prozent Röstkaffee, 5 Prozent Zichorie, 5 Prozent getrocknetem Zuckerrübenschnitzeln, 5 Prozent Schmelzanteilen – was immer das sein mag – und 34 Prozent Trockengerstengemisch. Man müßte es jetzt ausschenken, aber das hat niemand aufbewahrt, aber manche können sich daran erinnern.

Die Mixtur stieß auf einhellige Ablehnung. „Erichs Krönung“, wie der Volksmund den Ersatzkaffee in Anlehnung an einen durch das Westfernsehen populären Werbeslogan nannte, war nicht nur ungenießbar, er ruinierte vor allem die Kaffeemaschinen in Großküchen und Gaststätten. Unter der Bevölkerung machte sich Unwillen breit. Seit Jahren war nicht mehr so offen gemeckert worden. Eine Welle von Eingaben überschwemmte die Behörden. Der Kaffee-Entzug zielte auf den Kern der Lebenskultur der DDR. Das „Gäffchen“, wie es die Sachsen liebevoll nannten, mit viel Milch und Zucker, war das Nationalgetränk der DDR. Die Kaffeerunden waren das zentrale Medium der spezifischen DDR-Gemütlichkeit. Dort wurde getratscht, intrigiert und gemeckert. Da konnte man mal eine spitze Bemerkung über die schlechte Versorgung riskieren oder einen politischen Witz erzählen. Es stellte sich hier jene Eintracht der kleinen Leute her, die für die DDR offenbar so identitätsstiftend war. Die SED-Führung hatte dies unterschätzt und erntete nach der Einführung des Kaffeemixes einen Sturm der Entrüstung. Es gab Versuche, die Mischung zu verändern, die jedoch nicht viel bewirkten. Eilig wurden aus Äthiopien und Angola, aber auch aus den Philippinen, Brasilien, Kolumbien, Indien und Vietnam Rohkaffee gekauft. Diese Exporte sollten nach dem Prinzip Ware gegen Ware getätigt werden. Dabei kam es der DDR entgegen, daß 1978 die Kaffeepreise auf dem Weltmarkt wieder sanken. Erleichtert meldet ein Bericht an die Parteispitze: „Im Ergebnis der eingeleiteten Maßnahmen, vielfältigen Initiativen und Anstrengungen aller beteiligten Organe, höherer Disziplin und besserer Wahrnehmung der Verantwortlichkeit, hat sich die Versorgung der Bevölkerung mit Kaffee normalisiert. In diesem Jahr wurden 49,6 Kilotonnen Rohkaffee eingeführt. Dieses erforderte einen Valutaaufwand von 470 Millionen Valutamark, für die beim Verkauf im Einzelhandel 3,3 Milliarden. DDR-Mark erzielt wurden. Damit erhöhte sich der Kaffeenumsatz wertmäßig.“

Die Bewältigung der Kaffeekrise ist ein Beispiel für das komplizierte Verhältnis von Untertanen und Obrigkeit in der SED-Diktatur. Auf beiden Seiten galt der Primat der Politik. Die DDR-Bürger reagierten auf Versorgungsschwierigkeiten oder Preisveränderungen mit politischem Unwillen; die Staatsmacht reagierte, wohlinformiert wie sie war, außerordentlich sensibel und sehr schnell. Die politischen Entscheidungsträger verfügten über die Kommandogewalt in der Wirtschaftsverwaltung ebenso uneingeschränkt wie in der Politik, der Kultur und den Medien. Die Machtstrukturen bildeten eine einheitliche Hierarchie. Weltgeschichtlich war dies seit dem Untergang der altorientalischen Tempelwirtschaft eine Ausnahmesituation. Denn wenigstens in der europäischen Geschichte sind wirtschaftliche und politischen Macht niemals

vollkommen identisch gewesen. Aus dem Primat der Politik ergab sich aber auch die Möglichkeit, aus politischen und ideologischen Motiven weitreichende wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen und diese mit außerökonomischen Mitteln durchzusetzen, auch gegen jede wirtschaftliche Vernunft. Primat der Politik hieß auch Primat der Verteidigung und der Sicherheit. Wenn überall die „Bilanzen und Kapazitäten“, von denen wir vorhin gehört haben, knapp waren, für die bewaffneten Organe war immer genug da. Das Zauberwort hieß LVO, das heißt Landesverteidigungsobjekt, wo übrigens auch die privaten Handwerker eingesetzt wurden. Die formal zuständigen regionalen und lokalen Instanzen, also die Räte der Kreise, Städte und Gemeinden, hatten kaum noch Einspruchsmöglichkeiten, wenn über die Partei Anforderungen von den „Organen“ kamen. Dringende Materialien wurden dann geliefert. Kapazitäten ohne Rücksicht abgezogen und für besagte LVOs eingesetzt. In der Hierarchie der Organe stand, wie man sich denken kann, die Staatssicherheit an erster Stelle. Gefolgt von der NVA und dem MdI. Während der normale Eigenheimbauer – und normal war in diesem Punkt jeder unterhalb der Politbüroebene – für ein Schornstein nur winzige Mengen Klinkersteine zugebilligt bekam und für diese noch lange Bittgänge unternehmen und Schmiergelder zahlen mußte, wurden an der Berliner Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, unweit der Ausfallstraße Richtung Osten, weithin sichtbar gigantische Fassaden mit roten Klinkern erbaut. Kaum ein Berliner Taxifahrer schenkte sich hier beim Vorbeifahren bissige Kommentare. Dem MfS, das sonst alles wußte, waren diese Zusammenhänge offenbar verborgen geblieben. Aber auch die vielen kleinen „Dienstobjekte“ der Staatssicherheit, die das Land zwischen Fichtelgebirge und Rügen überzogen, erkannte man allen Regeln der Konspiration zum Trotz an dem vergleichsweise guten baulichen Zustand. Während ansonsten der Straßenbau sehr im argen lag, wiesen die charakteristischen Betonplattenwege den Weg selbst zu den geheimsten Objekten der Stasi. Diese erkannte man dann an den frisch gestrichenen Fassaden und den mit richtigen Dachziegeln belegten Dächern, besonders aber an Gehwegplatten, gußeisernen Gartenleuchten, Ziersteinen und anderen im Handel kaum erhältlichen Mangelprodukten.

Primat der Politik hieß also Zuständigkeit der Verwaltung für alle wirtschaftlichen Angelegenheiten. Dies betraf nicht nur die zentralen Entscheidungen des Politbüros oder des Ministerrates sondern reichte hinunter in die winzigste Kleinigkeit der „örtlichen Versorgung“. Über die Errichtung oder Schließung einer Verkaufseinrichtung entschied die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat der Stadt oder des Kreises. Natürlich hatte die Abteilung Bauwesen hier mitzureden. Diese stellte die mehrfach erwähnten „Bilanzen und Kapazitäten“ entsprechend dem Jahresplan zur Verfügung. Oder eben nicht. Diese Pläne waren freilich nur Papier und mußten gegen andere Interessen durchgesetzt werden. Druck von unten war durchaus nicht sinnlos. Wenn es Beschwerden und Eingaben der Bürger, vielleicht „negative Diskussionen“ oder sogar die Drohung der Wahlverweigerung gab, konnte das Anliegen der Errichtung einer Verkaufseinrichtung durchaus befördert werden. Dann wurde

die Partei aktiv und über den Kreis oder sogar die Bezirksleitung kam die Weisung auf der „Parteistrecke“, auch dies ein Wort aus der DDR. Aus dem Plan einer Ladenöffnung wurde nun ein „Kampfziel“.

Die Durchführung der Maßnahme wurde unter Parteikontrolle gestellt. Wenn es innerhalb der Instanzen Gegenstimmen gab, die für einen anderen Einsatz der wertvollen Kapazitäten plädierten, konnten diese zum Schweigen gebracht werden. Der Hinweis, die Neueröffnung der geplanten Verkaufseinrichtung bis zur Volkswahl oder bis zum soundsovielten Parteitag sei eine politische Frage genügte. Damit hatte jede Diskussion zu verstummen. In den innerparteilichen Diskussionen der kommunistischen Parteien seit Stalins Zeiten war einer der Standardvorwürfe stets der des Voluntarismus. Dies meint den irrigen Glauben, allein durch den Willen – voluntas – unter mangelhafter Berücksichtigung der objektiven Gesetze der Geschichte, die Entwicklung bestimmen zu können. In diesem Vorwurf kommt das spezifische Spannungsverhältnis zwischen dem revolutionären Aktivismus der politischen Praxis und der deterministischen Prädestinationslehre des Marxismus-Leninismus zum Ausdruck. Dieser innere Widerspruch in der marxistischen Lehre ist weder theoretisch noch praktisch jemals bewältigt worden war. Denn der Vorwurf des Voluntarismus gegenüber kommunistischen Parteiführungen war eigentlich immer berechtigt. Man könnte ihn auch durch den Begriff des Fiktionalismus ersetzen. Grundlage jeder Entscheidung waren ideologisch determinierte Fiktionen, deren rationale Überprüfung das Ende der politischen Macht bedeutet hätten. Der Primat der Politik bot kurzfristig die Möglichkeit, durch wirksame und sogar populäre Maßnahmen den Unwillen der Bevölkerung zu steuern. Langfristig konnte am Ende nur der ökonomische Kollaps stehen.

**Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczyk:** Danke, Herrn Dr. Wolle. Als nächster spricht Karl-Heinz Baum über den Westen im DDR-Alltag, wobei ich besonders gespannt bin, ob wir jetzt auch etwas über den im Westen sehr wohl bekannten und beliebten Westkaffee erfahren werden.

**Karl-Heinz Baum:** Relativ wenig. Das liegt schon daran, daß ich Teetrinker bin, und in der DDR wirklich darunter gelitten habe, daß ich fast nie Tee bekommen habe. Einmal sind mir drei verschiedene Teetassen am Abend bei Freunden angeboten worden, erst so ein Früchtetee, dann ein anderer Früchtetee usw. Ich bin nicht so ein Kaffeetrinker, und wenn ich ehrlich bin, er gehörte ja zu den üblichen Geschenken, die viele Besucher in der Regel mitgebracht hatten, aber das setze ich einfach mal als bekannt voraus. Ich fange mal mit einer ganz anderen Geschichte an, die jedenfalls, wie die Beteiligten mir versichern, verbürgt ist.

Ein Wissenschaftler nutzte einen Kongreß zum Absprung-West. Er sagte dem Bruder Bescheid. Der wußte, was zu tun war: die besten Sachen aus der Wohnung holen, sichern vor der Staatssicherheit, die das Eigentum des „Republikflüchtlings“ beschlagnahmen würde. Der Bruder kam, fand das Familiensilber, doch stellte er alles an den Platz zurück. Er fürchtete, nähme er etwas mit, Mitwisser „wegen Nichtanzeige eines Verbrechens“ zu sein. Da fiel sein Blick